



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910

318 (13.7.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-142634](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-142634)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Erlangerlohn 20 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag W. 5.42 pro Quartal.
Einzeln-Nummer 8 Pfg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion, Buchhaltung 1440
Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 841
Redaktion: 877
Expedition und Verlags-
buchhandlung 218

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Inserate:

Die Colonie-Seite . . . 25 Pfg.
Auswärtige Inserate: . . 80
Die Reklame-Seite . . . 1 Wort

Gefestete und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 318.

Mittwoch, 13. Juli 1910.

(Abendblatt.)

Frankreichs neuester politischer Skandal.

(Von unserm Pariser Korrespondenten.)

R.K. Paris, 12. Juli.

Ein neuer Skandal! Oder vielmehr ein alter, denn er währt nahezu zweieinhalb Jahre. Es war im März 1908, als man den unternehmenden Bankier Rochette, dessen Aufschwung gar manchem Mautinier recht un bequem geworden, unter der Anklage, das Geld der kleinen Leute in schwindelhaften Unternehmungen verzettelt zu haben, arretherte. Die von dem Manne gegründeten Gesellschaften waren zwar alle im Gang, ja noch mehr: die Aktien stiegen rapid, zu rapid, so, daß man in aller Auffassung der Dinge, hinter diesen Unternehmungen den „Schwindel“ witterte. Als daher die Vertreter des Gehebes diesem „Treiben“ ein Ende machten, indem sie sich der Person Rochettes bemächtigen (nachdem sich zu den belästigten Denunziationen die formelle Klage eines Aktionärs der Rochette-Unternehmungen gesellte) hatten sie die öffentliche Meinung für sich.

Befremdend wirkte allerdings der Umstand, daß sowohl das zahlreiche Personal des Bankiers, welches durch dessen Fall in seiner Existenz schwer mitbetroffen wurde, sowie dessen Glaubiger, die große Masse der arbeitenden Klasse, dem vom Gehebe verfolgten Unternehmer weiter das Vertrauen bewahrten.

Nach und nach wendete sich auch die Stimmung im Publikum zu Gunsten Rochettes, weil die mit der Prüfung der Gründungen Rochettes eingeleitete Enquete die Lebensfähigkeit dieser feststellte. Ueberdies wurden anlässlich einer Durchsichtung in den Kassen des „Crédit Minier“ ein Vorkriegsvermögen von 11 Millionen Francs und Wertpapiere in der Höhe von 30 Millionen Francs vorgefunden. Unter diesen Umständen erschien die Arrethierung Rochettes in ganz anderem Licht. Man sagte sich, daß, wenn dieser Mann ein Schwindler wäre, er sich mit den eingehenden Schätzen aus dem Staube gemacht hätte, umso mehr als ihm bekannt war, daß man seine Verhaftung plane.

Damals wurde dem Justizministerium eine, von Aktionären und Angestellten unterfertigte Petition eingereicht, um die Freilassung Rochettes, eventuell gegen Kaution, zu erwirken. Doch der mit der Untersuchung betraute Richter Herr widerlegte sich dem Ansinnen. Gleichseitig wurde behördlicherseits der Bankrott des „Crédit Minier“ erklärt; wie heute allgemein behauptet wird, in der alleinigen Absicht, mit der Verstopfung dieser Geldquelle, welche alle andern Rochette-Unternehmungen speiste, gleichzeitig auch diese andern Gründungen zu ruinieren, was folgerichtig auch den Ruin der Aktionäre (lauter kleine Leute) bedeutet.

Doch trotz all dieser Hemmnisse funktionierten und funktionieren auch heute noch, mit Ausnahme des „Crédit Minier“ alle Rochette-Unternehmungen weiter, weil sich Geldmänner gefunden haben, welche diese Gesellschaften pekuniär stützen. Sie konnten dies umso ruhiger tun, als ja die vom Syndikus beschlagnahmen Millionen des „Crédit Minier“ volle Garantie boten; denn der „Bankrott“ des „Crédit Minier“ stellte sich als einzig in seiner Art heraus, nach dem

die Gläubiger 100 pCt. einstrichen. Er beleuchtet zugleich scharf das Vorgehen der Justiz, welche um jeden Preis Rochette niederkriegten wollte.

Nach zweijährigem Zuhalten kommt endlich die Affäre Rochette zur Verhandlung. Ueber dreißig Verhöre hatte der angeklagte Bankier zu bestehen, in welchen er immer nur wiederholte, daß zwischen dem Börsenmanöver im März 1908 (die bisher in Ansehen stehenden Rochette-Werte erliefen am 20. und 21. März plötzlich eine unerhörte, dabei unmotivierte Bauffe) und seiner am 23. März erfolgten Verhaftung augenscheinlich ein Zusammenhang bestehe, und daß die Personen, welche dieses Börsenmanöver eingeleitet, aus seiner Festnahme persönlich Nutzen zu ziehen dächten. Man möge die Organisatoren der Bauffe-Spekulation suchen, und dem Gericht, das ja über alle Informationsmittel verfüge, werde es nicht schwer fallen, sie zu finden. Dann sei auch der Schlüssel zu der mysteriösen Rochette-Affäre gefunden. Tatsächlich wurde auch vom Gericht ein Sachverständiger bestellt, der, kaum daß er an seine Arbeit getreten, mitten darin friste hielt, als er die Namen jener erfuhr, welche aus dem seinerzeitigen Börsenmanöver Nutzen gezogen haben.

Und nun ereignet sich etwas höchst sonderbares, so eine Art Deus ex machina. Es erscheint ein Mann, der Ankläger Rochettes, der einzige Ankläger, und behauptet, von gewisser Seite für diese Rolle engagiert worden zu sein. Man habe ihm die Werte in die Hände gedrückt, welche ihn in den Stand setzten, seine Anklage zu motivieren.

Der Umstand, daß die Verhaftung Rochettes von dem seinerzeitigen Ministerpräsidenten Clemenceau (gewiß in gutem Glauben) verfügt und vom Polizeipräsidenten Depine resp. von dessen Kabinettschef Yves Durand (der selbst Börsenspekulant sein soll) ausgeführt worden, rückt diese drei offiziellen Persönlichkeiten in den Vordergrund der neuesten Skandal-Affäre.

Kabinettschef Yves Durand hat bereits vor zwei Tagen seine Demission eingereicht und bewilligt erhalten. Er behauptet als freier Mann nachdrücklich seine Verteidigung ins Werk setzen zu können.

In der gestrigen Kammer Sitzung hatte Ministerpräsident Briand da Kreuzfeuer der Joursiden Interpellation zu bestehen. Briand hat aus innerster Ueberzeugung, und auch im Namen der gesamten Regierung, seinem gegenwärtig auf der Reise nach Südamerika begriffenen Er-Ministerkollegen Clemenceau das Wort gesprochen und auch die hohe Ehrenhaftigkeit des Polizeipräsidenten Depine gepriesen. Die Kammer hat sich dennoch für die Ernennung einer Enquete-Kommission, bestehend aus 33 Mitgliedern, entschieden, welche volles Licht über die Umstände, welche der Verhaftung des Bankiers Rochette vorangingen, sie begleiteten und als Folge derselben auftraten, werfen soll. Die Regierung hat, obgleich prinzipiell dagegen, doch keinen Einspruch gegen diese Entscheidung der Kammer erhoben. In Paris bildet natürlich dieser neueste Skandal das ausschlaggebende Tagesgespräch.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 13. Juli 1910.

Die Sozialdemokratie und der kommende Reichstag.

Im neuesten Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ beschäftigt sich Max Maurenbrecher in einem Artikel unter der Ueberschrift „Auf dem Weg zur Macht“ mit der Aufgabe der Sozialdemokratie im kommenden Reichstag. Er geht dabei von der Rechnung der Gegner aus, die er an der Hand eines Artikels von Professor Hans Delbrück in den Preussischen Jahrbüchern aufmacht. Im künftigen Reichstag werden sich, so kalkuliert Maurenbrecher, zwei Gruppen gegenüberstehen, auf der einen Seite eine rechte Minorität bestehend aus der erheblich zusammengedrängten konservativen Fraktion und dem Zentrum, auf der anderen eine linke Majorität, umfassend eine verdoppelte oder verdreifachte sozialdemokratische Fraktion, eine stark gestiegene Volkspartei und eine nationalliberale Fraktion, also kurz den Block von Bismarck bis Bebel. Nun rechnen nach Maurenbrecher die Konservativen mit der Unfähigkeit dieser Majorität zu positiver Arbeit; bei irgend einer Militärfrage werde dann die Auflösung des Reichstags kommen. Wesentlich hierbei sei es für die Konservativen, dafür zu sorgen, daß das Zentrum nicht mit in der Opposition stehe; deshalb hätten sie auch bei der preussischen Wahlrechtsreform die Freundschaft des Zentrums der der Nationalliberalen vorgezogen, denn letztere würden, so bedauerten sie, den Rest kommen, sobald sie durch die rote Flut von ihrem Radikalismus gründlich geheilt sein würden. Wenn aber, fährt Maurenbrecher fort, die übernächste Reichstagswahl unter der Parole der Sammlung aller bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie stattfindet, so mögen die Konservativen wohl rechnen, daß dann ähnlich wie 1907 ein erschütternder Mißgang der Sozialdemokratie bester ihrer Mandatsziffer eintreten wird. Diese Entwicklung hätten weitblickende konservative Politiker bereits bei ihrer Fassung in der preussischen Wahlrechtsreform in Rechnung gestellt.

Maurenbrecher geht in einem Punkt von einer vollständig irrthümlichen Voraussetzung aus. Man denke sich: die Nationalliberalen bei einer Militärfrage in Opposition gegen Zentrum, Konservative und Regierung! Herr Maurenbrecher scheint in der parlamentarischen Geschichte unseres Reiches nicht gerade zu Hause zu sein, sonst könnte er sich nicht in dem Traum wiegen, die nationalliberale Partei Seite an Seite mit der Sozialdemokratie Forderungen zur Stärkung unserer Wehrmacht niederzukommen zu sehen!

Aus der nach seiner Ansicht gegebenen Situation zieht Maurenbrecher dann eine weitere Folgerung. Er betrachtet es als die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Rechnung der Konservativen von der Unfruchtbarkeit der linken Majorität zu durchkreuzen.

„Der wichtigste Schritt auf dem Wege zur Macht ist, daß es uns gelingt, im kommenden Reichstag die liberal-sozialdemokratische Abwehrmajorität gegen die Konservativen

Seniileton.

Die Aesthetik des Impressionismus.

Von Dr. Theodor Alt.

(Fortsetzung.)

Ein Jahr später jedoch verfasste Meier-Graefe die neue Aesthetik, deren Notwendigkeit er behauptet hatte. Sie erschien 1906 unter dem Titel „Der Fall Böcklin und die Lehre von den Einheiten“. Das Ergebnis war ein überaus dürftiges. Die vom Verfasser aufgestellte „Lehre von den Einheiten“ verdichtete sich zu folgender Definition: „Das Kunstwerk ist das letzte Resultat einer gleichmäßigen Wirkung besonderer Einheiten, um eine Erscheinung bildlich darzustellen. Das Gesetz der Wirkung dieser Einheiten folgt aus dem Material, die Wahl der Einheit aus der Persönlichkeit des Künstlers.“ Doch dieser Satz seinem Vorlaute nach ein Unsinn sei, hat schon Henry Thode (in „Böcklin und Thoma, Vorträge über neuere Malerei“, Heidelberg 1906 bei G. Winter, S. 63) gesagt und bemerkt. Möglicherweise aber konnte ja nur diese Definition mißlungen sein und der Verfasser im übrigen doch etwas Nichtiges gemeint haben. Auf den ersten Blick schien es beinahe so zu sein. Natürlich muß das Kunstwerk einheitlich sein, eine Einheit aller Ingredienzien der Form und des Inhalts des Gegenstands und seiner Darstellungsweise, des Subjektiven und des objektiven Stiles, wo ein solcher in Frage kommt; darüber waren wir schon lange einig. Auch darüber, daß es sich um die bildliche Darstellung einer Erscheinung handle, ferner darüber, daß die Wahl der Einheit des Bildes — wir nennen das: seiner Idee — durch den Künstler erfolge und also von dessen Persönlichkeit abhängt. Unverständlich aber war, was aus dem Material „das Gesetz der Wirkung dieser Ein-

heiten“ folge; dunkel blieb der Rede Sinn, daß das Kunstwerk „das letzte Resultat einer gleichmäßigen Wirkung besonderer Einheiten“ sei. Was, fragt man, sind das für Einheiten? Der Verfasser selbst gibt folgende Antwort: „Bis zu gewissem Grade indifferent und zufällig ist, was der Künstler im Moment der Konzeption vor sich hat, das drauhen bleibende Objekt. Sein Schicksal, der vom Willen des Schaffenden geöffnete Spalt in die Welt, ist die Summe seiner ganzen Sinnesorgane. In der Konzeption gelingt es ihm, alle Sinnesregungen, Sehen, Hören, Riechen, Schmecken, Tastgefühl mit einem Sinn zu vollbringen. Der Reiter unseres Sinneskomplexes besitzt die Fähigkeit, jedes Ding in Sinneinheiten zu zerlegen, dem Ohr, dem Auge, dem Tastgefühl usw. die entsprechenden Aufgaben zuzuwenden; für den Reiz der Konzeption bleibt also nur die Erklärung übrig: durch den Sinn des Künstlers wird die wahrgenommene Erscheinung in neue, von den natürlichen grundverschiedene Einheiten zerlegt. Diese fügen sich im Kunstwerk wieder zum organischen Ganzen.“ Wir sind dadurch nicht läger geworden. Wie es bleibt nur die Erklärung übrig? Und was soll dies alles? Wir fragen nach allgemeinen Gründen für die Wertbeurteilung der Kunstwerke, diese Ausführungen sind jedoch für deren Erkenntnis völlig unfruchtbar. An anderer Stelle beschäftigt sich Meier-Graefe mit dem Temperament der Künstler, vermutlich veranlaßt durch den Jolischen Auspruch. Daß jedoch Jola mit „Temperament“ die Individualität des Künstlers in all ihren Beziehungen gemeint hat, steht außer Zweifel. Meier-Graefe aber findet nun bei Böcklin in einer Steigerung von dessen der Art nach sich gleich geliebtem Temperamente die Ursache, warum dieser Künstler vor 1860 leidlich Gutes, weil noch mit einer gewissen Einheitlichkeit des Sinneskomplexes Gemaltes, nach 1860 aber, weil ohne solche, nur Schlechtes geschaffen habe. Er behauptet ferner, daß die Spätzeit eines solchen Künstlers in seinem absoluten Gegensatz zu seiner Frühzeit stehen dürfe, wenn dessen ganzes Schaffen nicht das Anrecht auf künstlerische Bedeutung verlieren solle. Daraus folgt schlüssig, daß Arnold Böcklin nie-

mals ein Anrecht auf künstlerische Bedeutung besessen habe. „Zwischen Böcklins Hauptwerken und rein künstlerischen Werken ist überhaupt nichts Gemeinsames. Sie sind schlechter als die Bilder der Schadeit, von den früheren zu schweigen. Sie sind vor dem Urteil einer auf Kunst gerichteten Betrachtung überhaupt nicht.“

Es ist Meier-Graefe also dennoch gelungen, nach allen Regeln der Logik mit seiner neuen Aesthetik ein Werturteil zu begründen. Die Frage ist nur noch, was diese Aesthetik wert sei. Betrachten wir uns also z. B. weiterhin folgende Sätze: „Was der blaue Fleck (auf der Landschaft Böcklins vom Jahre 1855 in der Nationalgalerie) darstellt, weiß man nicht genau, aber man fragt auch nicht danach, so glücklich und so richtig mit allem versehen sieht er an der rechten Stelle. Was dagegen das Rot auf Böcklins „Ratze“ darstellt, weiß man genau: reingeborene Leute. Aber dieses Wissen bleibt erfolglos. Wir wünschen ja gar nichts zu wissen, sondern sehnen uns, zu empfinden. Wir wollen in unsere Seele hinein, nicht in unseren Verstand. Unsere Erfahrung verfügt über Tausende von tangenden Paaren. Ein Wort schon genügt, diese Vorstellung zu wecken; was bedarf es dazu des Bildes? Wir würden hier ein Fragenzeichen für angebracht finden. Doch weiter: „Solche Paare aber, die in uns eine ganze Flut von Empfindungen zu locken wissen, so daß wir schließlich garnicht mehr sie, sondern nur den Extrem eines reinsten Gefühles annehmen, solche haben wir nicht durch ein einfaches Wort, nicht durch ein einfaches Rot. Dazu gehört eine ganze Welt, in der sie leben und deren Kosmos sie uns, gleichsam abtreibend vom Schauplatz ihrer Handlung, vermitteln. Diese Welt wäre hier die Landschaft, wenn die Tangenden in ihr lebten, ganz organisch mit ihr verbunden wären.“ Aus diesem Gerede lassen sich zwei Gedanken herausziehen: erstens, daß die tangenden Paare auf dem Bilde von Böcklin sich dem Rhythmus der Landschaft nicht weich und angemessen eingliederten, und zweitens, daß es durchaus nicht darauf anläge, was sie vorstellten. Nebenbei wird noch der Skizzenhaftigkeit des Impressionismus, seinem Mangel an

eben auch zu einer positiv-fruchtbaren Arbeitsmajorität ausgehalten.

In der Formel: Moderner verfassungsmäßiger Kulturstaat gegen hierikal-konserverativen Bürokratismus steht Maurerbrecher die positiven Aufgaben, die diese Arbeitsmajorität beschäftigen können.

Mittelstandspolitik.

Zu dem Kapitel: „Wirtschaftliche Submissionswesen“ wird dem Sanja-Bund u. a. geschrieben:

Bei der Verdingung von Lebensmitteln seitens der krieglichen Regimentsverwaltung muß sich der Unternehmer verpflichten, jedes gewünschte Quantum zu liefern, während die Küchenverwaltung nicht verpflichtet ist, abzunehmen.

Deutscher Ortskrankenkassentag.

Was Regensburg wird berichtet: Nach der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten trat der Verbandstag der Ortskrankenkassen Deutschlands in die Erörterung der Beschlüsse der Reichstags-Kommission für die Reichsversicherung ein.

Rechnung, das Wort geteilt, nämlich an der Stelle, wo wir das Fragezeichen setzen wollten. Meier-Gräfe sagt später: „Der gute Eifer, auch wenn sie nur aus drei Strichen besteht, fehlt nichts von dem unentbehrlichen Leben, das einem untergeordneten Gemälde wie diesem abgeht.“

Krankenkassen“ Hand in Hand gehen. Die Art und Weise, wie der Entwurf in der Kommission behandelt werde, zeige deutlich, daß in den sozialen Dingen immer noch die Mainlinie bestehe.

Zu Beginn der letzten Sitzung am Dienstag wurde Dresden zum Tagungsort für den nächstjährigen Deutschen Ortskrankenkassen-Kongress bestimmt.

Hierauf sprach Dr. med. Girsch (München) über Alkohol und Krankenkassen. Er wandte sich auf der einen Seite gegen die zu weitgehenden Forderungen der Totalabstinenz, auf der anderen Seite aber auch gegen die Unterdrückung der Alkoholgefahr.

Sobald beschäftigt sich der Kongress mit einem Antrag Mey, der den Aufstellungsvertrag betrifft, der ja bekanntlich in der Reichstagskommission zu heftigen Angriffen geführt hat.

Bayerische und Pfälzische Politik.

Bayerische Angelegenheiten im bayerischen Kultus-Min.

München, 12. Juli. (Von unj. Korrespondenten.) Beim zweiten Teil des Kultusmin., der in den nächsten Tagen ins Landtagsplenum kommt, sind eine Anzahl von Petitionen aus der Pfalz einsehlich darunter eine solche des Lehrerkollegiums der Kreisstudienanstalt Frankenthal um Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der Lehrpersonen.

dieser Art auf der anderen Seite. Das Molekül verschwindet, ist wie weggeblasen. Von der „Auserlesenen der Farbe“ an einem Gemälde zu der notwendigen „Mischung“ der materiellen Farbe in das „Rhythmische“ bis zum „Molekül“ und von da bis zu der innerlichen Bedeutung des Pinselstrichs.

hatten im Bereiche der Unterrichtsverwaltung pro Jahr der Finanzperiode treffen 120.000 Mark auf die Pfalz.

Kommunalpolitische.

Eine städtische Sparoperation. Leipzig 11. Juli. Die beiden städtischen Sparkassen und das Stüttsamt der Stadt Leipzig besitzen Schuldschreibungen des Reichs, von Preußen und von Sachsen im Gesamtwert von etwa 90 Millionen Mark.

Handwerkerbewegung und Gewerbeleben.

Meisterkurs für Friseur. In der Zeit vom 8. bis 19. August ds. J. wird beim Landesgewerbeamt in Karlsruhe ein Meisterkurs für Friseur veranstaltet werden. Die Lehrgänge erstrecken sich auf Damenfrisieren, für Friseur außerdem auf Theaterschminken.

Vom badischen Landtag.

J. W. Karlsruhe, 13. Juni.

Der Landtag wird am Samstag geschlossen werden. Morgen werden 2 Sitzungen stattfinden und das Finanzgesetz, das Wasserrecht und die Abänderungen, die die Erste Kammer an der Gemeinde- und Städteordnung vornimmt, werden beraten werden neben einigen Petitionen.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 117. Sitzung.

J. W. Karlsruhe, 13. Juli.

Eisenbahn-Petitionen.

Der Präsident eröffnet kurz nach 9 1/2 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch sind anwesend: Ministerpräsident Dr. Schulz und Reg.-Kommissare.

Auf der Tagesordnung stehen Eisenbahnpetitionen. Es wird sofort in die Beratung eingetreten. Die Petition der Handelskammer für den Kreis Freiburg und der Schwarzwälder Handelskammer, den Ausbau der Elztalbahn betr. wird der Regierung empfehlend überwiesen.

und dem Gehälts der Pointillisten der Boden bereitet wird. Dies alles verbunden mit dem Versuch einer günstigen Herabsetzung der Kunst Arnold Böcklins, als des hervorragendsten oder einzig beachtenswerten Vertreters der neueren deutschen Malerei.

Dazu also bedurfte es einer neuen Aesthetik, um speziell den Reimpressionismus — „Neo-Impressionismus“ nennt ihn Meier-Gräfe mit affektierter Gelehrtheit — auf eine Höhe hinaufzuführen, wo sein Platz nicht ist, wenigstens nicht für Leute wie Paul Cézanne und die nach Monet kamen.

Die Petition des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs für Karlsruhe und Umgebung, der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden, sowie vieler Einwohner badischer und pfälzischer Gemeinden, die Eisenbahnverbindung mit der Pfalz betr., wird der Regierung empfehlend überwiesen.

Die Petition mehrerer Bürger von Zwingenberg, Befreiung von Mißständen aus Anlaß der Legung eines zweiten Gleises in Zwingenberg betr., wird der Regierung empfehlend überwiesen.

Die Petition des Gemeinderats Nellingen, Errichtung einer Haltestelle an der Bahnlinie Heidelberg-Würzburg betr., wird der Regierung empfehlend überwiesen.

Die Petition aus Diersburg, unterzeichnet von sieben Bürgermeistern, Herstellung einer direkten Bahnd Verbindung Offenburg-Diersburg-Bahr betr., wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Petition des Gemeinderats Kirrlach, Haltestelle an der Rheintalbahn bei Waghäusel betr., wird der Regierung zur Kenntnisnahme im bestimmten Sinne überwiesen.

Die Petition der Gemeinderäte von Merzhausen u. a. D. und verschiedener Interessenten, Erstellung einer Station für den Personen- und Güterverkehr an der zur Verlegung kommenden Strecke der Höllentalbahn betr., wird der Regierung empfehlend überwiesen.

Die Petition der Einwohnerschaft der Stadt Ueberlingen, bessere Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsverbindung betr., wird der Regierung teils empfehlend überwiesen, teils durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Petition der Gemeindeverwaltungen von Pforzheim u. a. D., Erstellung einer Bahn von Weil der Stadt nach Pforzheim betr., wird im bestimmten Sinne der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Die Petition des Stadtrats Konstanz, Umgestaltung der Bahnhofsanlage in Konstanz betr., wird der Regierung im bestimmten Sinne empfehlend überwiesen.

Die Petition des Kur- und Verkehrsvereins Konstanz zugleich im Namen der übrigen Schwarzwaldbahn-Interessenten, die unzulänglichen Verkehrsverhältnisse auf der Schwarzwaldbahn betr., wird der Regierung teils empfehlend überwiesen teils für erledigt erklärt.

Die Petitionen der Gemeinderäte und Interessenten von Müllheim u. a. D., Fortsetzung der Bahn von Hardheim nach Müllheim betr., und des Gemeinderats und der Handelsgenossenschaft Wertheim, den Bau einer Eisenbahn von Hardheim über Müllheim nach Wertheim betr., werden der Regierung empfehlend bezw. zur Kenntnisnahme überwiesen.

Die Petition des Gemeinderats Donaueschingen, die Erbauung einer Eisenbahn von Donaueschingen nach Schaffhausen (Mandebahn) betr., wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Ministerialdirektor Schulz führt zu dieser letzten Petition aus, daß aufgrund einer Schrift des Schweizer Bernhards in dem Bericht angeführt ist:

Der Bau der Mandebahn hätte für die badische Staatsbahnverwaltung die natürliche Folge, daß ihre Einnahmen aus dem Personenverkehr auf den bestehenden Strecken durch die eintretende Entfernungsabkürzung und durch den in erster Linie in Betracht kommenden Bau der Bahn von der Landesgrenze bei Borgen bis Schaffhausen durch den Schweizer Bund oder durch ein Privatunternehmen nicht unbedeutend vermindert würden, während der mögliche Gewinn an neuem Personenverkehr von außerordentlichen Wagen nur gering wäre. Das zu erwartende Maß von Ausfall einerseits und von Gewinn andererseits ist bei dem derzeitigen Stand der Frage nur schwer zuverlässig zu beurteilen, zumal als einzigermaßen verwendbarer Maßstab nur die tatsächlich eintretenden Entfernungsänderungen zur Verfügung stehen.

Nach Berechnungen, die mittelst dieses Maßstabs aufgrund des durch die in Betracht kommenden Wege wirklich bedienten Verkehrs angesetzt worden sind, hätte im Jahre 1908 der Mehrausfall (Ausfall abzüglich des neu zu gewinnenden Verkehrs) unter der Voraussetzung, daß der badische Staat die Bahn von Donaueschingen bis zur Landesgrenze baut und betreibt, aus dem Personenverkehr für Baden etwa 50 000 M. betragen.

Wie die Einnahmen aus dem Personenverkehr, so würde die Anlage der Mandebahn auch die Einnahmen der badischen Staatsbahnverwaltung aus dem Güterverkehr beeinflussen.

Der Ausfall würde sogar 1 Million jährlich betragen. Die Schrift des Herrn Bernhard geht noch von der Ansicht aus, daß die deutschen Bahnen sich gegenseitig bekämpfen, selbst unter Mithilfe des Auslandes. Dieses hat sich geändert. Wir haben kein Interesse an der Erbauung dieser Bahn und es geht auch nicht an, so erhebliche Mittel, wie die Bahn erfordert würde, auszubringen für eine Abkürzungslinie, wo so viele Wegeben überhaupt keine Bahnen haben, umso mehr, da die Abkürzungslinie noch für Baden nachteilig ist. Trotzdem will die Regierung nicht damit sagen, daß sie nicht einmal später dem Projekt näher treten will.

Die Petition der Gemeinderäte von Wutöschingen und Degerau, Errichtung einer Personen- und Güterhaltestelle betr., wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Die Petition des Gemeinderats Detsingen, die Erbauung einer Bahn von Detsingen nach Langenbrüden betr., wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Darüber ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird anberaumt auf morgen Donnerstag früh 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Finanzgesetz.

glauben machen will, stellen wir uns Entschiedenheit in Abrede, und die Frage, wieviel darauf ankomme, bedarf noch der Erörterung. Mit der apriorischen Verneinung jedes stofflichen Interesses in der Malerei ist es nicht getan. Was uns aber von den Lehren Meier-Graefes neu war, das ist, um seine scharfen Worte wider Böcklin auf ihn selbst zu wenden, vor dem Urteil einer auf Wissenschaft gerichteten Betrachtung überhaupt nicht. Im ganzen ein Mann, der durch eine glänzende Begabung des Auffassungsvermögens wie der Rede Lächerliches hätte leisten können, wenn seine Wahrheitsliebe nicht durch sein Parteigängertum allzulehr verdunkelt worden wäre. Die Erfindung einer neuen Weltanschauung mag allerdings geeignet erscheinen, das Ansehen eines nicht nur genialen, sondern auch höchst sachverständigen Gelehrten zu verleihen. Das konnte der von ihm vertretenen Sache nur dienlich sein gegenüber der großen Masse von Kunstfreunden, die sich mit der Kenntnisnahme oder Aneignung von gerade zur Herrschaft gelangenden Meinungen begnügen, weil sie zur Nachprüfung ihres Zustandekommens entweder keine Zeit haben oder nicht das nötige Urteilsvermögen und Selbstvertrauen besitzen oder endlich kein Bedürfnis empfinden, weil ihnen die Mode als einzige Autorität gilt. Dadurch erlangen die von Meier-Graef vertretenen Ansichten einen außerordentlichen Einfluß auf die Allgemeinheit. Wir mußten deshalb die Behauptung, die er zu ihrer Unterstützung aufstellte und mit einer

1. Kammer. — 23. Sitzung.

Karlsruhe, 13. Juli.

Präsident Prinz Max eröffnet um halb 10 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Staatsminister Freiherr v. Dusch, Minister Freiherr v. Bodman und Regierungskommissare.

Der Präsident machte kurze geschäftliche Mitteilungen. Er gab bekannt, daß folgende Interpellation des Geh. Hofrats Dr. Bunte und Gen. eingekommen ist: Welche Gründe haben die Grobhs. Regierung zu ihrem Verhalten gegenüber dem Entwurf des Murgtalwasserkraftwerks bestimmt?

Es wurde darnach in die Tagesordnung eingetreten. Zur Beratung gelangte zunächst der 4. Nachtragsetat zum Staatsvoranschlag für 1910 und 1911.

Geh. Rat Dr. Bürlin berichtet namens der Budgetkommission über das Budget der Justiz, des Kultus und Unterrichts Ausgabe Titel 10, Einnahme Titel 3, Unterrichtsweisen, höhere Schulen und Volksschulen. Antrag: Genehmigung in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der zweiten Kammer. Dem Antrag wurde ohne Debatte zugestimmt.

Prinz zu Löwenstein erstattete für die gleiche Kommission Bericht über das Budget des Ministeriums des Innern, Titel 11, Badeanstalten. Antrag: Genehmigung nach den Beschlüssen der zweiten Kammer. Der Antrag fand ohne Debatte Annahme.

Fabrikant Engelhard berichtet über das Budget des Finanzministeriums, Ausgabe Titel 6, Einnahme Titel 3, Zoll- und Steuerverwaltung. Hier hat die Regierung vorgeschlagen, eine Erhöhung der Vermögenssteuer von 11 auf 12 Pfg. eintreten zu lassen und die Höhe der Einkommensteuer auf 100 Prozent festzusetzen und für das Jahr 1910 einen Steuerzuschlag von 10,6 Prozent zu erheben. Die zweite Kammer hat die Erhöhung der Vermögenssteuer und die Erhebung eines Steuerzuschlags abgelehnt. Ihre Kommission ist diesem Standpunkt beigetreten. Sie kann einer weiteren steuerlichen Belastung nicht zustimmen. Gewerbe und Industrie haben sich von der schlechten wirtschaftlichen Lage der letzten Jahre noch nicht erholt. Dazu kommt, daß unsere Landwirtschaft durch Unwetter und Hochwasser zumteil erheblich geschädigt wurde. In einer solchen Zeit kann man keine Steuererhöhung eintreten lassen. Aus diesen Gründen tritt die Kommission auch dem Beschlusse der zweiten Kammer dahin bei, daß die von der Regierung beantragte Erhöhung des Staatszuschlages für die Eisenbahnschuldentilgungskasse von 2 auf 4 Millionen zu streichen ist. Die Kommission beantragt, die Positionen in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der zweiten Kammer zu genehmigen.

Der Antrag wurde ohne Diskussion angenommen.

Fabrikant Engelhard berichtet weiter über das Budget der Eisenbahnschuldentilgungskasse für die Jahre 1910 und 1911 und damit in Verbindung die Denkschrift der Regierung über die Lage der Eisenbahnschuldentilgungskasse. Der Berichtshatter kam an der Hand des in der Denkschrift niedergelegten Materials auf die Verhältnisse der Eisenbahn zu sprechen und wies dabei darauf hin, daß, wenn die wünschenswerten Amortisation der Eisenbahnschuld durchgeführt werden sollte, dies 10 Millionen jährlich beanspruchte würde. Solche Zuschüsse würden die Finanzkraft unseres Landes übersteigen. Wir müssen nun, um eine weitere Steigerung des Betriebseffizienten zu verhindern, und um bessere Verhältnisse zu schaffen, den Bauaufwand möglich und die Einnahmen zu steigern suchen. Dazu wird eine Dotation aus allgemeinen Staatsmitteln an die Eisenbahnschuldentilgungskasse ausreichen. Wir müssen alles daran setzen, dafür zu sorgen, daß ein besseres Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben entsteht, als das in den letzten 10 Jahren der Fall war. Die Kommission beantragt, das Budget in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der 2. Kammer zu genehmigen und die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

Ministerialdirektor Göller: Die Denkschrift hat bisher nicht die Würdigung gefunden, die ihr nach ihrer Bedeutung zukommt. Es ist daher erfreulich, daß sie von dem Vorredner eingehend behandelt worden ist. Die Tendenz unserer Eisenbahnschuld ist eine steigende. Sie bewegt sich jetzt bald zwischen 750 und 800 Millionen. Es ist das eine Höhe, die zu Bedenken Anlaß gibt. Der jährliche Gesamtaufwand für unser Eisenbahnwesen beträgt 81 Millionen. Er wird sich auf dieser Höhe in den nächsten Jahren halten. D diesem Aufwand steht ein Reinertrag von 20 Millionen in seiner höchsten Ziffer gegenüber. Er wird aber in dieser Höhe nicht bleiben. Wir sehen daraus, daß aus den Erträgen Schuld und Zinsen nicht getilgt werden können. Es wird so wohl noch weitere 10 Jahre bleiben. Dem Anwachsen der Eisenbahnschuld sucht die Regierung einen Damm entgegenzusetzen durch die Erhöhung der Staatsdotation an die Eisenbahnschuldentilgungskasse auf 4 Millionen. Damit ist natürlich eine Sanierung der Verhältnisse nicht geschaffen. Es ist der Regierung nicht gelungen, für ihre Vorschläge die Zustimmung der Landstände zu finden. Es ist das zu beklagen. Dieser Mißerfolg wird die Regierung nicht abschrecken, mit ihren Vorschlägen wieder hervorzutreten. Die Regierung wird nach wie vor die Mittel vorschlagen, die der Sachlage entsprechen. Die Regierung wird die Ausgaben verringern und die Einnahmen zu steigern suchen. Um eine Steigerung der Einnahmen aus unseren Eisenbahnen herbeizuführen, schlug die Regierung die Einführung der

scheinbar wissenschaftlichen Begründung verloh, einer so genauen Betrachtung unterziehen. An seinen eigenen Gedankengängen mußten wir dartun, aus wie morschem Holze die Vogelscheube gemacht ist die er im Garten der deutschen Kunst errichtet hat. Wenn wir noch gezeigt haben werden, mit was für Lappen sie bedängt wurde, dann wird sie hoffentlich niemanden mehr erschrecken. (Fortsetzung folgt).

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Ein verschöner Gedicht von Theodor Storm, das auch in dem kleinen Anhang der posthumen Gedichte in der Gesamtausgabe der Werke des Dichters nicht enthalten ist, entzweit Ernst Litzauer der Vergessenheit. Das Gedicht ist im Augustheft von „Westermanns Monatsheften“ abgedruckt und lautet:

Wie kauft die Nacht dich jäh an, Stiller werden des Herzens Schläge; Die lieben Augen fallen dir zu. Deimlich nur ist die Sehnsucht regt. Halbe Worte von süßem Begehren. Zehnerisch über die Lippen gleiten.

Das Gedicht gerät in den Kreis der vielen Dämmer-, Abend- und Nachtgedichte, die für Storm wesentlich bezeichnend sind. Das Gefühl, das in diesem Gedicht nur matt und ohne rechte Prägung

4. Wagenklasse vor. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Wir werden ihn später wiederholen. Die wichtigste Seite liegt aber auf dem Gebiete des Eisenbahnbaus. In dieser Beziehung wurde in den letzten Jahren ein zu rasches Tempo eingeschlagen. Man hat zu viele große Ausgaben zu gleicher Zeit in Angriff genommen und damit der Leistungsfähigkeit unseres Landes jenseitig zugemutet. Das darf in Zukunft nicht mehr geschehen. Wir können auch auf Jahre hinaus keine Eisenbahnlinien mehr bauen, die zur Tilgung und Verzinsung des Anlagekapitals nichts beitragen. Solchen Wünschen kann die Regierung bei den heutigen Verhältnissen nicht Rechnung tragen. Wenn Sie unsere Vorschläge ablehnen, so verschieben Sie nur Maßnahmen, die doch getroffen werden müssen. Wir werden dem nächsten Landtag unsere Vorschläge wieder unterbreiten.

Der Kommissionsantrag fand hierauf Annahme.

Fabrikant Engelhard berichtete über das Budget des Finanzministeriums für die Jahre 1910 und 1911, Ausgabe Titel 9 Schuldentilgung.

Dem Antrage auf Genehmigung wurde ohne Debatte zugestimmt.

Krbr. v. Göller erstattete Bericht über die vergleichende Darstellung der Budgetsätze und der Rechnungsergebnisse für die Jahre 1906 und 1907. Der Antrag ging auf Unbeanstandeterklärung.

Dem Antrage wurde ohne Debatte zugestimmt.

Die Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung.

Oberbürgermeister Dr. Winterer erstattete darnach namens der Kommission für Justiz und Verwaltung Bericht über den Gesetzentwurf, die Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung betr. Es ist diese Vorlage eine der wichtigsten, die uns beschäftigen. Ich sehe diesem Gesetze drei andere gegenüber, das Gesetz vom Jahre 1831 mit der Gründung der Gemeindeordnung, und die Gesetze von den Jahren 1870 und 1874, die letzteren brachten eine Aufgabe von Artrechten und die erste Umgestaltung der Selbstverwaltung. Wir haben dieses Gesetz der staatsmännischen Weisheit unseres unergelichen Großherzogs Friedrich und den Ministern Winter und Jolly zu danken. Sie verdienen unsere Dankbarkeit. Der vorliegende Gesetzentwurf darf als eine der wichtigsten und schwierigsten Vorlagen der ganzen Landtagsperiode nicht nur wegen ihres Umfangs, sondern auch aus dem Grunde bezeichnet werden, weil bei der Wertung ihres Inhalts die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse naturgemäß in besonders harter Weise auseinanderzusetzen müssen. Was den Inhalt der Vorlage anlangt, so berührt er fast alle wichtigen Gebiete des Gemeindelebens und kann im Hinblick auf diese tief eingreifenden Veränderungen in gewissem Sinne geradezu als ein teilweiser Neubau bezeichnet werden. Vor allem werden die Grundbesitz- und Voraussetzungen des Gemeindebürgerrechts in Stadt und Land ebenso erweitert, wie die Bedingungen des Wahlrechts und zwar für alle Organe des Gemeindebürgerrechts, sowohl für den Bürgermeister, als auch für den Gemeindevorstand und den Bürgerausschuß, welchen durch Einführung der Grundbesitz der Schöpfung der Urwähler und der Verhältniswahlen eine veränderte Gestalt gegeben wird. In nicht minder erheblichem Maße werden die Rechte und Kompetenzen der genannten Organe und ihrer Untergebenen, der städtischen Beamten, im Sinne einer Erhöhung der Selbstständigkeit und gegenfeitigen Kontrolle erweitert. Die Vorlage will endlich den ersten Klagen über unverhältnismäßige Belastung einzelner Gemeindefestbesitzer, insbesondere der Grund- und Hausbesitzer, durch Verschönerung eines Erlases für die teilweise ausgedehnten Verbrauchsteuern durch stärkere Veranschlagung einzelner Steuerklassen und gleichzeitige Schaffung der Möglichkeit, den Grund- und Hausbesitz in außerordentlicher Weise durch eigenen Beschluß der Gemeinde zu erleichtern, in praktischer Weise Abhilfe zu schaffen, indem sie gleichzeitig Vorschriften bringt, mittelst welchen auf dem Lande die Belastung des Bürgerneutens gegenüber den allgemeinen Steuerpflichtigen ermäßigt werden soll. Endlich soll auch für die da und dort notwendige Aenderung in der Art des Besuchs des Bürgerneutens Erleichterung geschaffen und der Regierung eine erweiterte Befugnis zu Gewerbesteueränderungen innerhalb der zusammengelegten Gemeinden gesichert werden. Ueberblickt man diese Aenderungen, so drängt sich wie von selbst der Eindruck auf, daß die Pflicht der Gesetzgebung vor allem auf die erweiterte Heranziehung der großen Masse der Bevölkerung zu den Aufgaben der Gemeindeverwaltung gerichtet ist. Da aber diese Ausdehnung der Macht aller Gemeindevorger unter gleichzeitiger Herabminderung der Befugnisse der bisher Bevorzugten ohne Zweifel ein charakteristischer Zug unserer ganzen Zeitentwicklung ist, so muß der Gesetzentwurf von diesem Standpunkt aus schon von vornherein als ein richtiger politischer und sozialer Fortschritt bezeichnet werden, um dessen Begründung wohl auf die Entwicklung hingewiesen werden darf, welche in den letzten Jahrzehnten unserer Reichs- und Landesgesetzgebung in konsequenter Weise genommen hat. War man in der Kommission hierüber im Großen und Ganzen wenigstens in der Mehrheit auch einig, so drehte sich der Streit der Meinungen gerade um die Frage, ob der erwähnte Schritt schon jetzt getan werden müsse, oder ob im Interesse einer vorläufigen und im besten Sinne konservativen Weiterbildung unserer Gemeindeverhältnisse nicht besser in gleicher oder abgeschwächter Form eines späteren Zeitpunkt vorbehalten sein sollte. Gerade über diese Frage konnte in der Kommission eine Einigung nicht erzielt

ausgesprochen worden. Ich in aller feiner Fälle gestaltet in dem Gedicht: „Ruh Nacht“, dessen dritte Strophe lautet: Was gibt es mehr? Der stille Knabe winkt: In seinem Strande lodert und leber; Und wie die Brust die atmet schnell und sinkt. Trägt uns des Schimmers Welle sanft hinüber. Storm hat „Nacht“ nicht in die Sammlung aufgenommen, weil es ihm offenbar nicht genügend erschien. In dieser negativen Tatsache liegt ein nicht geringer positiver Wert; sie ist ein wertvoller Beitrag zu der Lehre von der lyrischen Selbstkritik des Dichters.

Die Kantgesellschaft (Geschäftsführer Prof. Dr. Vaihinger-Dalle) schreibt eine fünfte Preisaufgabe aus mit einem 1. Preis von 100 M., den Geh. Rat Prof. Dr. Jmelmann-Berlin gestiftet hat, und mit einem zweiten Preis von 100 M., dessen Stiftung Prof. Dr. Walter Simon-Königsberg, Direktor A. v. Guinmer-Berlin und Dr. Ludwig Jaffe-Berlin verdankt wird. Das von Prof. Dr. Vaihinger formulierte Thema lautet: „Nahs Begriff der Wahrheit und seine Bedeutung für die erkenntnistheoretischen Proben der Gegenwart“. Preisrichter sind die Professoren Otto Liebmann-Jena, Richard Falkenberg-Erlangen und Paul Fangerhalla. Die nötigen Bestimmungen nebst einer Erläuterung des Themas sind gratis und franco zu beziehen durch den stellvertretenden Geschäftsführer der Kantgesellschaft Dr. Arthur Liebert, Berlin W. 15, Postenstraße 48.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 13. Juli 1910.

Bürgeranschluß-Vorlagen.

Vereinstellung von Räumen in der Kunsthalle an den Mannheimer Kunstverein.

Uebereinstimmung herrscht von vornherein bei den zuständigen städtischen Instanzen (Kunsthallenleitung, Kunstsalenkommission und Stadtrat) darüber, daß es für die Stadt eine Ehren- und Dankeschuld sei, dem Kunstverein die Möglichkeit zur Ueberziehung in die Kunsthalle zu bieten, und daß die künftige Abhaltung seiner Ausstellungen in diesem Gebäude nicht minder im Interesse der Kunsthalle und Stadtgemeinde als des Kunstvereins selbst liege. Der Kunstverein hat sich nicht allein durch die in seinem Statut begründete, bereits nahezu 8 Jahrzehnte unspannende Tätigkeit im allgemeinen, sondern namentlich durch die von ihm im Jahre 1875 angerichtete Begründung und die bis zum vorigen Jahre in uneigennützigster Weise geleitete Verwaltung der städtischen Kunstsammlung um die Wahrung und Hebung der heimischen Kunstpflege große, anerkennenswerte Verdienste erworben. Die Fürsorge für Vereinstellung neuer Lokalitäten an den Kunstverein hat nach Lage der Verhältnisse als Sache der Stadtgemeinde zu gelten. Die Vereinigung des Kunstvereins mit dem städtischen Organismus in der Kunsthalle ist aber auch für den letzteren selbst als wünschenswert und fruchtbringend zu erachten, weil das Unternehmen des Vereins als ein Museum mit stützendem Bestand eine wertvolle Einrichtung zur Ergänzung der städtischen Kunstsammlung darstellt und zugleich ein weiteres zugängliches Belegungsmedium in der Kunsthalle bildet. Insbesondere wird sich ein Zusammenwirken auch insbesonders auf die geplante Veranstaltung periodischer Sonderausstellungen als sehr erfrischend erweisen können, und es wird sich dabei zugleich eine rationelle Arbeitsteilung in dem Sinne denken lassen, daß die Stadtverwaltung bzw. Kunsthallenleitung sich auf den systematischen Ausbau und die weitestgehende Ausbarmachung und Verlebendigung der städtischen Gallerie sowie des kunsthistorischen Instituts mit graphischem Kabinett beschränken würde, während der Kunstverein zwischen seinen regelmäßigen permanenten Ausstellungen in gewissen Zeitabständen im Vornehmen mit der Kunsthallenleitung jeweils nach irgend einem leitenden Gesichtspunkte inszenierte Ausstellungen größeren Stils und Umfangs arrangieren könnte. Von ähnlichen Gesichtspunkten ist der Kunstverein selbst bei den wiederholten mündlichen Verhandlungen ausgegangen, die mit seinen Vertretern von dem Oberbürgermeister und Direktor Dr. Wichert geführt worden sind. Das Resultat dieser Verhandlungen war, daß der Kunstverein unterm 27. April d. J. an den Oberbürgermeister die offizielle Mitteilung gelangen ließ, er würde es mit herzlichem Danke begrüßen, wenn die Stadtgemeinde ihm geeignete Räumlichkeiten in der Kunsthalle unentgeltlich zur Verfügung stellen würde, wie dies bisher seitens des Landesherren im Großherzoglichen Schloße geschehen sei. Da der Verein indes nach dem Verlassen der jetzigen, auf längere Zeit gesicherten Räume im Schloße auf deren Wiedererlangung nicht rechnen dürfte, und da bei Mangel passender Lokalitäten die Existenz des Vereins überhaupt auf dem Spiele stehe, glaube er die Bedingung stellen zu dürfen, daß die Stadtgemeinde dem Verein in der Kunsthalle eine Unterkunft auf eine längere Reihe von Jahren zusichere, oder für den Fall späterer Teilweise oder vollständiger Zurückziehung der dortigen Räume vorher für die Vereinstellung anderweitiger geeigneter Lokalitäten Sorge trage. Ferner sprach der Verein die Voraussetzung aus, daß er wohl im möglichsten Einvernehmen mit der Leitung der städtischen Kunsthalle, aber durchaus selbständig und unabhängig, seine Tätigkeit entfalten könne und die Stadtgemeinde seine Bestrebungen in der bisherigen Weise durch einen Zuschuß unterstütze. Selbstverständlich werde er dann auch in der bisherigen Weise an den Nachmittagen der Sonn- und Feiertage den freien Eintritt aufrecht erhalten. Der Stadtrat erklärte darauf dem Antrage Dr. Wichert's gemäß, dem sich die Kunstsalenkommission angeschlossen hatte, einstimmig seine Bereitwilligkeit, dem Kunstverein die erforderlichen Räume in der Kunsthalle von dem Zeitpunkt ab an dem die provisorische Einrichtung des kunsthistorischen Instituts beendet sein wird, d. h. voraussichtlich am 1. Dezember d. J. zur Verfügung zu stellen. Und zwar wurde es als zweckmäßig erachtet, zunächst als Ausstellungslokale die Räume des Obergeschosses im westlichen Flügel zu überlassen mit dem Anfügen, daß, sofern und sobald in der Zukunft eine Erweiterung und Verlegung des kunsthistorischen Instituts stattfinden und infolge dessen die Verlegung der städtischen Kunstsammlung nach dem Obergeschosse notwendig würde, dem Kunstverein eine Hälfte und zwar voraussichtlich die östliche des Obergeschosses zugewiesen werden solle. Der Stadtrat sprach sich weiter dahin aus, daß man die Zeitdauer, wie lange der Verbleib des Kunstvereins in der Kunsthalle möglich sein werde, heute nicht einmal annähernd voraussagen könne und die Stadtgemeinde in dieser Richtung auch keinerlei Garantien übernehmen könne, da die Entscheidung dieser Frage naturgemäß von der vorläufig noch nicht abzusehenden Entwicklung der städtischen Verhältnisse selbst in der Kunsthalle getroffenen Einrichtungen abhängig sein werde. Immerhin werde wohl angenommen werden dürfen, daß, wenn nicht besondere Verhältnisse eintreten, eine längere Reihe von Jahren vergehen werde, bis an die Stadterhaltung die Notwendigkeit heranträte, über die dem Verein in der Kunsthalle überlassenen Räume selbst verfügen zu müssen. Sobald aber eine derartige Maßnahme nach der Meinung des Stadtrats als unabwendbar zu gelten habe, werde dieser es als seine Aufgabe betrachten, für Vereinstellung anderer geeigneter Räume an den Kunstverein Sorge zu tun. Auf diese Mitteilungen laßte der Kunstverein unterm 22. Juni seinerseits gleichfalls einstimmig den Beschluß, das Anerbieten der Stadt anzunehmen. Der Bürgeranschluß wird nun erfaßt, der mietnützigen Ueberlassung der erforderlichen Räume in der Kunsthalle an den Kunstverein zuzustimmen.

Die Errichtung weiterer Hauptlehrerinnenstellen an der Höheren Mädchenschule.

Wie schon in der Vorlage für die Sitzung vom 28. Juni wegen Errichtung von 2 weiteren Professorinnenstellen an der Höheren Mädchenschule angegeben wurde, stehen 3 St. an der genannten Anzahl 30 Stellen für etatsmäßige Lehrer 17 Stellen für nicht-etatsmäßige Lehrer gegenüber, darunter 14 Hauptlehrerinnenstellen gegen 8 Stellen für Unterlehrerinnen bzw. Unterlehrer. Auf dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der 11. Höheren Mädchenschule (September 1911) werden voraussichtlich noch weitere Kräfte erforderlich werden. Im zweiten Nachtrag zum Etatvoranschlag pro 1911 sind für die neue Anstalt außer 1 Direktor

werden, und so sind wir daher, wenigstens bezüglich der wichtigsten Punkte der Vorlage nur in der Lage, namens einer knappen Mehrheit unsere Anträge stellen zu können. Die Hauptfragen haben die konsequente Einführung der Sechstelung, die Durchführung der Verhältniswahl und die Verringerung der Gemeindesteuervoranschläge zum Gegenstand.

Was das System der Sechstelung anlangt, so ist dasselbe in den badischen Gemeinden auch schon bisher nicht ganz unbekannt gewesen. Nach der Sachlage kann es aber an und für sich nicht auffallen, daß sich erhebliche Bedenken gegen die unermittelte Einführung des Sechstelsystems anstelle des bisherigen Zwölfstelsystems erhoben haben. Es wurde vor allem darauf hingewiesen, daß doch eigentlich ein dringendes Bedürfnis zu dieser bedeutungsvollen Verringerung bis jetzt nicht bekannt geworden sei. Unsere badischen Gemeinden seien in Stadt und Land in einem Elendestadium begriffen, mit dem man allseits zufrieden sein könne. Der Befehl habe keinen übertriebenen Einfluß auf den Gang der Gemeindeverwaltung, es sei aber zu befürchten, daß durch die neue Gesetzesvorrichtung gerade der angelegene und eingesehene Bürger, der mit seiner ganzen Habe an die Gemeinde gebunden sei, an seinem berechtigten Einfluß auf die Gemeinde ohne Not geschmälert werde. Jedenfalls sei es aber nicht notwendig und geboten, die Sechstelung und die Verhältniswahl gleichzeitig einzuführen, und hätte sich im Falle einer Abänderung in dieser Richtung dann vielmehr eher über die Regierungsanträge sprechen lassen. Die Mehrheit Ihrer Kommission ist selbstverständlich weit entfernt, die Bedeutung des festen Festes in der Gemeinde zu verkennen und in Abrede zu stellen, daß eine Verletzung der natürlichen Ansprüche dieses Festes die schädlichsten Folgen für die Entwicklung unserer Gemeinden haben müßte; denn nach den Lehren der Geschichte ist dann am besten für einen sicheren Fortschritt der Kultur in Stadt und Gemeinde gesorgt, wenn eine gesunde Verfassung ermöglicht und diesem Befehl dann hinwiederum ein legitimer Einfluß auf den Gang des öffentlichen Lebens gesichert wird. Die richtigen Grenzen für Befehl, Bildung und Macht in ihren gegenseitigen Beziehungen zu finden, hat ja zu allen Zeiten zu den obersten, aber auch schwierigsten Aufgaben der Staatsverwaltung gehört. Aber auch nach gewissenhafter Prüfung aller dieser Gesichtspunkte konnte die Mehrheit Ihrer Kommission zu einer Verwerfung dieses Vorlasses nicht gelangen. Eine nicht minder einschneidende Ansetzung hat in Ihrer Kommission die Einführung der Verhältniswahl gefunden, welche nach der Regierungsvorlage in den Gemeinden von 2000 Einwohnern und mehr und zwar sowohl für den Bürgeranschluß als auch für den Gemeinderat (Stadtrat) eingeführt werden soll. Was endlich den Versuch der Großregulierung anlangt, bei dieser Gelegenheit durch eine geänderte Gemeindeverfassung die verschiedenen Klagen abzuheben, welche At der Einführung der Vermögenssteuer auch bei den Gemeinden von zahlreichen Seiten erhoben worden sind, so sind wir auch mit diesen Vorschlägen im wesentlichen einverstanden und zwar in dem Maße, daß wir in einem wichtigen Punkte die von der Zweiten Kammer gestrichene Gesetzesvorlage Artikel V § 5 wieder herausgeben wollten. Die Kommission hat an dem Gesetz, wie es aus den Beratungen der Zweiten Kammer hervorging, eine Reihe von Abänderungen vorgenommen. Es wurde die Regierungsvorlage wiederhergestellt bezüglich der Bestimmungen über die Ausübung der niederen Polizei durch Standes- und Grundherren, die selbständige Lebensstellung als Voraussetzung der Wahlberechtigung, verschiedene Bestimmungen wurden gestrichen, andere abgeändert, so diejenigen über den Ruhegehalt der Bürgermeister, die Zulassung der Frauen zu städtischen Kommissionen, Wiederhergestellt wurde die Regierungsvorlage hinsichtlich der Amtsdauer auf 6 Jahre mit jähriger hälftiger Erneuerung. Gestrichen wurde die von der Zweiten Kammer in das Gesetz eingefügte Bestimmung, nach welcher der Stadtrat verpflichtet ist, einem mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß des Bürgerausschusses Rechnung zu legen. Die Kommission beantragt, dem Gesetz in der von ihr beschlossenen Fassung zuzustimmen, die Regierung zu eruchen, falls der Reichentwurf über die Erhebung einer Reichssteuerzuzuwachssteuer abgelehnt werden sollte, dem nächsten Landtag einen Entwurf über die Einführung dieser Steuer in Baden vorzulegen.

Minister Herr von Bodmann: In diese aller Einnahme glaube ich zu sprechen, wenn ich dem Berichterstatter den Dank für seinen Bericht ausspreche. Danken muß ich aber auch der Kommission für die wohlwollende Behandlung der Vorlage. Der Antrag der Kommission geht dahin, das Gesetz in der von ihr beschlossenen Fassung anzunehmen. Ich kann Sie nur dringend bitten, dem Antrage zuzustimmen. Der Berichterstatter ist von den Gründen unserer Gemeindeverfassung im Jahre 1881 ausgegangen. Diese Verfassung hat im Laufe der Zeit verschiedene Veränderungen erfahren durch die zunehmende Entwicklung der Selbstverwaltung und die zunehmende Verbreiterung der Verhältnisse, auf denen sich das Gemeinleben aufbaut. Unter den wesentlichen Gesetzesänderungen, die der Berichterstatter aufzählt, hatte er eine vergessen, das Gesetz vom Jahre 1890, das die Einwohnereingemeinden unter gewisse Kategorien brachte. Wegen dieser Kategorien machte sich sofort eine Opposition geltend. Sie richtete sich vornehmlich gegen die Klasseneinteilung. Diese Opposition verdrängte sich im Jahre 1908 zu verschiedenen Anträgen in der Zweiten Kammer. Alle bürgerlichen Parteien einigten sich schließlich auf den Antrag der Einführung der Sechstelung und das ganze Haus sprach sich für die Verhältniswahl aus. Nun war es Aufgabe der Regierung, zu diesen Wünschen und Anregungen Stellung zu nehmen. Die Regierung war sich bewußt, daß sich unsere Gemeinden in einer fortwährenden und freudigen Entwicklung befinden. Die Regierung mußte sich also sagen, daß etwas geschehen müsse und daß dies auch bald geschehen müsse, wenn die Wünsche nicht radikal werden und die Gestaltung unserer Gemeindeverfassung nicht daran werden soll, wie man es vom haushälterischen Standpunkt nicht wünschen kann. Die Entwürfen der Regierung führten zur Vorlage, die den Landtagen zuging. Sie konnte sich den Gründen, die gegen die Verhältniswahl vorgebracht wurden, nicht verschließen. Eine Befürchtung, daß durch diese Klasseneinteilung die Mehrheit erlangen könnten, ist nach weiteren Berechnungen nicht gerechtfertigt. Eine Kategorie bildet hiergegen die Verhältniswahl, die es auch möglich macht, daß die dritte Klasse nicht mehr ausschließlich einer Partei gebührt. Dadurch wird auch die Ansicht verteidigt, daß die Sozialdemokratie die einzige Vertreterin der kleinen Leute sei.

Wir dürfen zu unserem Volke Vertrauen haben, denn in ihm sind gute Grundstimmungen vorhanden. Ich meine, wir sollten auch keine so große Angst vor der Sozialdemokratie haben. Wir werden sie verstehen und zur Liebe zur Heimat zurückführen, wenn wir ihnen die Möglichkeit zu einer gedeihlichen Mitarbeit geben. Ich meine, daß die Erfahrung, die man im Landtag in dieser Beziehung gemacht hat, zu dieser Hoffnung berechtigt. Die 2. Kammer hat unter Zurückstellung vieler Wünsche dem Gesetz zugestimmt.

Wenn es durch Ihr Veto nicht zu Stande kommen sollte, dann werden Sie das Reformveto, von dem man nicht weiß, ob es sich später lo auswirken läßt, wie dies vom haushälterischen Standpunkt mindestens wert ist, nicht bereuen, sondern es nur aufhalten. Sie werden dann aber auch in der Bevölkerung großen Haufen von Unwillen und Bitterkeit gegen dieses Haus auslösen. Ich bitte Sie nochmals, das Gesetz anzunehmen.

Die Sitzung wurde hernach abgebrochen.
Nächste Sitzung: Heute Nachmittag 3 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung.

und 3 Professorinnenstellen auch 5 neue Hauptlehrerinnenstellen vorgesehen. Nach dem Erlaß Großh. Oberpräsidenten an den Stadtrat vom 21. Juni sollten nun von diesen 5 Hauptlehrerinnenstellen schon in Höhe 3 Stellen an der bestehenden Anstalt zur Verfügung gelangen, nämlich 1 Stelle auf Beginn des kommenden Schuljahres, September 1910, und 2 weitere Stellen (für eine Zeichen- und 1 Handarbeitslehrerin) auf Anfang des Jahres 1911. Der Großh. Oberpräsident ersucht, für diese 3 Stellen die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Für die erst im September 1911 zur Verfügung gelangenden Stellen werden die erforderlichen Mittel im Voranschlag pro 1911 angefordert werden. Ein entsprechender Antrag liegt nun dem Bürgeranschluß vor.

Uebertragen wurde den nichtetatmäßigen Regierungsbaumeistern Herr Baumgartner in Durlach, Edwin Pfäfer in Gernsbach, Theodor Wagner in Nehl und Joseph Kochly in Durlach unter Befreiung der Amtsbezeichnung Regierungsbaumeister etatsmäßige Amtsstellen von zweiten Beamten der Eisenbahnerverwaltung, Baumgartner wurde der Bahnbauinspektion Durlach, Pfäfer der Bahnbauinspektion Gernsbach, Wagner der Bahnbauinspektion Nehl und Kochly der Bahnbauinspektion Durlach angeteilt.

Militärisches. Heute fand zwischen Schwellingen und Friedrichsfeld eine größere Feldübung des hiesigen Regiments und der Schwellingen Dragoner statt. Auf dem Felde bei der „großen Stube“ in der Nähe von Friedrichsfeld wurde das sechsmündige Schießen eines 10 Zentner schweren Oefen vorgenommen.

Friedrichsfeld. Die so beliebten Streichmusik-Konzerte der Grenadierkapelle werden morgen Donnerstag eine künstlerische Bereicherung erfahren. Herr Kapellmeister und Pflanz-Virtuose Paul Wiggert von der Dresdener Hofoper, als Künstler 1. Ranges geschätzt, hat für dieses Abendkonzert seine Artwirkung zugesagt. Das „Mannheimer Journal“ schreibt u. a. „Herr Wiggert ist ein ausgezeichneter Meister des so überaus schwierigen Instrumentes. In jeder Beziehung vollendet Technik, hohe künstlerische Auffassung und ein Ton so warm und weich, so zu Herzen gehend, daß der Zuhörer nur noch Geseh zu vernehmen erlaubt, während dem Solisten einen vollen Sieg auf der ganzen Linie.“

Verhandlungen im Baugewerbe. Nachdem bereits Mitte voriger Woche in Frankfurt a. M. und Mainz zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband f. d. B. und den in Frage kommenden Arbeiterorganisationen über die örtlichen Zuschläge zum Vertragsmuster Verhandlungen stattfanden, wurden diese am Montag in Würzburg und am Dienstag in Mannheim fortgesetzt und gestern hier beendet. Eine endgültige Regelung der strittigen Punkte wurde nicht erreicht und sind diese nunmehr gemäß den Bestimmungen des Dresdener Schiedsgerichts an das im früheren Vertrag vorgesehene Schiedsgericht, das unter einem unparteiischen Vorsitzenden tagt, zur Erledigung zu verweisen. In dieses Schiedsgericht wurden gestern seitens der Arbeitgeber die Herren Gebauer-Frankfurt a. M., Felsenbecker-Mannheim, Müller-Kassel und Alter-Wiesbaden und seitens der Arbeitnehmer die Herren Hüttmann, Krenner, Hoffe, sämtlich von Frankfurt a. M. und Fischer aus Mannheim, berufen. Als Unparteiischer wurde Herr Stadtrat Duppe von Frankfurt a. M. in Vorschlag gebracht und beiderseitig akzeptiert. Die Verhandlungen des Schiedsgerichts finden am kommenden Montag in Frankfurt a. M. statt.

Das 8. Ganturnfest des Rhein-Elb-Donau-Gaues, das am vergangenen Sonntag in Frankenthal stattfand, war von den Vereinen des Gaues sehr stark besucht und hatte auch einen außerordentlich guten Verlauf, durch sonstige Festteilnehmer aufzuweisen. Dies verdient um so besonders hervorgehoben zu werden, als am vergangenen Sonntag noch ein weiteres Fest in Frankenthal gefeiert wurde, nämlich das 25. Jubiläum der Zimmerstube-Schützengesellschaft Frankenthal, welcher Veranstaltung gleichfalls ein Volksfest angegliedert war. Frankenthal kann für sich die Ehre in Anspruch nehmen, das hier größte Ganturnfest des Rhein-Elb-Donau-Gaues veranstaltet zu haben. Es sollen nahezu 2000 Turner gewesen sein, die an dem festlichen Festzug am Sonntag teilgenommen haben. Schon zum Festbankett am Samstag abend in der auf dem Festplatz (Parkesplatz) errichteten großen Festhalle machte sich lange vor Beginn ein kolossaler Andrang geltend. Neben den feinen Weinen der Stadtapelle wurden verschiedene innerliche Vorkühnungen gehalten. Der Gaudetteur Herr Karl Meyer, das in seiner Begrüßungsansprache hervor, daß die deutsche Turnerei in diesem Jahre ihr 100jähriges Jubiläum feiern kann. Sein bezeichnetes dreifaches „Gut Heil“ auf die deutsche Turnerschaft nach tausendjährigen Widerhall. Es wurden dann durch Herrn Klingelberger die Herren Jakob Müller, David Luz und Karl Meyer für 25jährige Mitgliedschaft geehrt. Die Jubilare bekamen geschmackvolle Diplome überreicht. Den Ehrenbrief der deutschen Turnerschaft, der für besondere Verdienste langjährigen Mitgliedschaft verliehen wird, erhielt Herr Großhans, was mit lebhaftem Beifall von der Festversammlung aufgenommen wurde. Lange noch blieb man in gemütlicher Runde beisammen. Um die 6. Stunde des Sonntagmorgens machten sich die Einzelwettkämpfer an die Arbeit mit den Slogerzonen. Die Verteilung am Gerätturnen betrug 81, am Volksturnen 143 Mann. Am dem um 10 Uhr begonnene Vereinswettkämpfer nahmen 36 Vereine teil. Man sah hier recht ansehnliche Leistungen, im Einzelturnen sowohl als auch bei den Vereinsvorführungen. Die Kampfrichter hatten denn auch keine leichte Arbeit, bei den allgemein guten Leistungen die turnerischen Kämpfe mit der richtigen Punktzahl zu bemerken. Ein imposanter Festzug zog um 1/3 Uhr durch die im überreichen Rahmen schmuck prächtigen Hauptstraßen der Stadt. Am Eingange der Bahnhofstraße war eine mit künstlerischem Geschmack ausgestattete Ehrenparade errichtet. In dem Festzuge sah man neben dem Festwagen mit der Fahnhälfte, eine geschmackvolle Vorgrube der Radfahrervereinigung Frankenthal. Unmittelbar nach dem Einmarsch auf dem Festplatz fanden dann die erst durch ca. 700 Turner vorgeführten Stabübungen statt. Die Vorkühnungen wurden oft durch lauten Beifall des dicht gedrängten Publikums ausgezeichnet. Bürgermeister Dr. Ehrenfeld hielt vor Anfang der Übungen eine Begrüßungsansprache an die Turner, welche er mit einem „Gut Heil“ auf die Turnerei schloß. Nach Beendigung der Stabübungen wurde das Vereinsturnen fortgesetzt und Wettspiele abgehalten. Um 1/8 Uhr abends betrat das Kampfrichterkollegium die Tribüne, die von den Turnern mit ihren Vereinsfahnen schon lange vorher dicht umlagert wurde. Es erhielten von den Gerätturnern 50 Mann, von den Volksturnern 66 Mann Preise. Den 1. Preis im Gerätturnen erhielt Karl Stein Edd. Germania, Heßheim mit 103 P., den 1. Preis

im Volksturnen Wilh. Göller, L.-B. Bobenheim mit 60,7 P. Im Vereinswettkampfen erreichte die Turngesellschaft Freienheim die Höchstpunktzahl von 78. Am Abend fand in der Festhalle ein Konzert mit turnerischen Aufführungen statt, das wiederum einen starken Besuch verzeichnen konnte.

Der Zentralverein für Stenotachygraphie hat in seiner letzten geschäftlichen Sitzung beschlossen, anlässlich seines Anfang Oktober stattfindenden 10jährigen Stiftungsfestes den Badischen Stenotachygraphenverband zu seiner 12. Tagung nach Mannheim einzuladen. Das Programm des Verbandstages sieht insbesondere auch ein Wettstreiten in Abteilungen von 80-300 Silben pro Minute am Sonntag den 9. Oktober, vormittags 9 Uhr vor. Da die Teilnahme an dem Wettstreiten nur Verbandmitgliedern möglich ist, wird es sich für diejenigen Stenotachygraphen, die an dem Wettstreiten teilzunehmen wünschen und noch nicht Mitglieder des Verbandes sind, empfehlen, schon jetzt sich dem hiesigen Vereine anzuschließen, um unter jahreslänglicher Leitung ihre stenographische Fertigkeit zu erhöhen. Wie sehr der Verein bestrebt ist, seine Mitglieder fortzubilden, erhellt aus dem in eingangs genannter Versammlung gefassten Beschlusse, Anfang Juli ein Wettstreiten für die unteren Abteilungen und Anfang Dezember dieses Jahres ein solches für sämtliche Abteilungen zu veranstalten. Mit dem letzteren Wettstreiten wird außerdem ein Schönheitswettbewerb verbunden sein. Stenotachygraphen erhalten bereitwillig Auskunft durch den Vereinsvorsitzenden, Herrn Verwaltungsassistenten Schweigert, Neckarauerstraße 257.

Vom Luftschiff Schütte-Lanz. Ein Berliner Nachrichtenbureau hatte dieser Tage die Nachricht verbreitet, beim Luftschiff Schütte-Lanz habe sich ein Konstruktionsfehler herausgestellt, so daß das Luftschiff wieder abmontiert werden müsse. Herr Prof. Schütte, der Konstrukteur des Luftschiffes, hat daraufhin an mehrere Zeitungen folgendes Telegramm abgehen lassen: „Von dem gemeldeten Zusammenbruch des Luftschiffes ist hier nichts bekannt. Dieses Gerücht über das Luftschiff „Schütte-Lanz“ scheint mir, wie andere Gerüchte auch, von Gefährlichkeit und Sensationslust diktiert zu sein. Ich hatte die Absicht, die ersten kurzen Versuchsfahrten im Juli mit halber Motorenleistung zu machen, bin hieron durch die Unbefähigkeit des Betters und durch den Unfall der „Deutschland“ abgelenkt worden. Werde daher warten, bis die 4 Motore an Bord montiert sind, was immerhin noch einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Schütte.“

Ein fingierter Einbruch. Vor einiger Zeit wurde ein Einbruch in einer Villa der Städtischen Stadterweiterung in den Blättern gemeldet. Der Einbruch stellte sich jedoch hinterher als fingiert heraus, denn in Wahrheit waren die beiden Diensthboten die Diebe, die der Besitzer der Villa, Herr Kommerzienrat Kraus, im Hause hatte; der Hausbursche Franz Deichmann von Fromersheim und die Dienstmagd Marie Anna Schmidt. Der Bursche war schon seit längerer Zeit ausgesperrt, als die Diebstähle entdeckt wurden. Er kam jedoch öfters heimlich zu der Anna, die mit ihm Verhältnis hatte und nahm mit Wissen und unter Beihilfe des Mädchens Alles, was ihm in seinen Bereich kam: Damenwäsche, eine Kasse, eine ganze Menge Silberfachen, Schmuckfachen, alles Gegenstände, die wahrscheinlich als Ausstattung für den künftigen Hausstand der Weiden dienen sollte, einen schwarzen und einen grauen neuen Anzug, außerdem in einem andern Hause, in dem er bei einer Versicherungsgesellschaft bedienstet ist, ein Fahrrad. Die Anna suchte in der Villa ein Medaillon und einen Schirm, ferner im Keller vier Flaschen Wein à 10 Mark die Flasche. In einer Bonbonniere, die bei der Hausdurchsuchung bei Deichmann gefunden wurde, fand man später einen Pfandbrief auf 2000 Mark, die sich ebenfalls als bei Anna gefastet erweist. Wegen dieses Diebstahls wird weiter Anklage erhoben werden. Das gestohlene Gut hat einen Wert von über 1000 Mark. Das durch R.-A. Dr. Holz verteidigte Mädchen suchte in der gestrigen Verhandlung der Affäre vor dem Schöffengericht in Tone der getränkten Unschuld jede Beteiligung an den Diebstählen in Abrede zu stellen, während der durch R.-A. Dr. Fels-Franck verteidigte Angeklagte Deichmann alle Schuld auf sich zu nehmen suchte. Deichmann wurde zu einer Gefängnisstrafe von 8, die Anna zu einer solchen von 4 Monaten verurteilt.

Rahrbadiebstähle. Nachstehende Fahrräder wurden dahier entwendet: 1. Am 29. Juni 1910: Ein „Görlich Westphalen“-Rad, Rahm-Nr. 342 284, schwarzen Rahmenbau, dito Felgen, vernickelte Speichen, leicht gebogene Lenkstange mit Gellulohgriffen und neuen Hinterradmantel. — 2. Am 2. Juli 1910: Ein älteres „Sturm“-Rad, schwarzen Rahmenbau, dito Felgen und Speichen, vernickelte, aufwärts gebogene Lenkstange mit Holzgriffen. — Am 4. Juli 1910: Ein „Merkur“-Rad, schwarzen Rahmenbau, gelbe Felgen, aufwärts gebogene Lenkstange, Freilauf mit Rücktrittsbremse und Rahm-Nr. 100 082. — 4. Am 2. Juli 1910: Ein älteres Fahrrad, schwarzen Rahmenbau und Felgen, hochgebogene Lenkstange, Freilauf mit Rücktrittsbremse, Signalglocke mit dem Bildnis einer Dame und neue hellgrüne Mantel. — 5. Am 27. Juni 1910: Ein „Böhmen“-Rad, Rahm-Nr. 121 541, schwarzen Rahmenbau, gelbe Felgen, rote Reifen, abwärts gebogene Lenkstange, im Hinterrad fehlt eine Speiche. — 6. Am 4. Juli 1910: Ein „Greif“-Rad, schwarzen Rahmenbau und Felgen, Freilauf mit Rücktrittsbremse, aufwärts gebogene Lenkstange, der Mantel am Hinterrad beim Ventill etwa fingerlang aufgerissen. — 7. Am 4. Juli 1910: Ein Fahrrad, schwarzen Rahmenbau, aufwärts gebogene Lenkstange mit Patentbremse. — 8. Am 3. Juli 1910: Ein „Glück-Pfeiler“-Rad, schwarzen Rahmenbau, aufwärts gebogene Lenkstange, schwarze Felgen, vernickelte Speichen und schwarze Schutzbleche. — 9. Am 7. Juli 1910: Ein Fahrrad, schwarzen Rahmenbau, dito Felgen, gerade Lenkstange, neue Mantel, auf dem Rahmen die Aufschrift: „Gustav Leiding, Zentral-Reinigungs-Institut.“ — 10. Am 7. Juli 1910: Ein „Triumph“-Rad, schwarzen Rahmenbau, gelbe Felgen mit schwarzen Streifen und rote Mantel. — Ferner wurde am 3. Juni 1910 auf der Weidenborststraße ein Fahrrad aufgefunden, das auf der Nr. Staatsanwaltschaft, Zimmer No. 11 angesehen werden kann: Beschreibung: Marke „Glück-Pfeiler“, noch gut erhalten, schwarzen Rahmenbau, aufwärts gebogene Lenkstange mit gelben Holzgriffen. An den Pedalen fehlt der Gummi und in der Mitte der Lenkstange ist eine kleine Glöde.

Der Verband der Radfahrervereine Deutschlands e. V., dem 31. 320 gemeinnützige Radfahrervereine mit ca. 60 000 Radfahrern und Radwerkern als Mitglieder angehören, hält seinen diesjährigen Verbandstag in Freiburg i. B. ab. Aus Ludwigshafen. Heute mittag gegen 1/2 11 Uhr wurde ein Radfahrer, der aus der Ludwigstraße kam und die Dammstraße kreuzte, von einem anderen Radfahrer ungerannt und schwer

am Kopfe verletzt. Das linke Auge war bis angeschwollen und zeigte blaue Flecken. Der Radfahrer, der die abscheuliche Dammstraße am Jubiläumstage wie toll heruntergefahren kam, verlor den Halt über sein Rad und überfuhr den anderen Radfahrer. Da um die Mittagszeit wie abends der Verkehr hier sehr groß ist und derartige Fälle hier schon mehr vorgekommen sind, wäre es tatsächlich am Platze, wenn hier strengere Maßnahmen getroffen würden. Der unglückliche Radfahrer flog im Bogen von seinem Rad herunter und schlug mit dem Kopf gegen einen Randstein.

Polizeibericht

vom 13. Juli.

Schnees Pferd. Durch Nüdenplage schaute gestern nachmittag ein auf dem Droschkenhalteplatz am Vorhof aufgestelltes Droschkenpferd und rannte mit der leeren Droschke davon; es nahm den Weg um den Friedrichsplatz, durch die Friedrich-Karl-Angarten- bis in die Burgstraße, wo es von seinem Besitzer selbst wieder eingefangen wurde. In der Rondeletstraße am Friedrichsplatz stieß das Pferd mit der Droschke gegen 2 Gasfahndelaber, wodurch die Gasfahndelaber zertrümmert wurden. Menschen wurden dabei nicht verletzt.

Verhaftet wurden 20 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Sportliche Rundschau.

Vobanweiler Rennen.

Müllheim, den 10. Juli.

Begünstigt vom schönsten Wetter wurden heute nachmittag auf dem Neuenburger Exercierplatz die Pferderennen des Markgräfler Rennvereins ausgetragen. Ein zahlreiches Publikum von nah und fern hatte sich eingefunden und verfolgte mit großem Interesse die einzelnen Rennen. Besonders stark war das Offizierskorps der Garnisonen Müllheim, Mühlhausen, Neubreisach und Freiburg vertreten. Die Rennen verliefen ohne Unfall; zwei Reiter stürzten zwar, ohne jedoch Schaden zu nehmen. Das Ergebnis der Rennen ist folgendes:

1. Zuhilffahrt für Landwirte. 170 M. 1400 m. 1. Lilli, br. St. des Ed. Wenz, Hauen a. M.; 2. Maus, br. St. des Otto Königsd-Buggingen; 3. Braun, br. St. des Johann Steine, Ofnabingen.

2. Großherzog Friedrich-Jagd-Rennen. Ehrenpreis des Großherzogs von Baden dem siegenden Reiter. Ehrenpreis dem Reiter des zweiten. 2. ein weiterer Ehrenpreis dem Reiter des dritten Pferdes. — Jagdbrennen. Offiziersreiten. Für Dienstpferde und als Remonten den Truppenteilen überwiesene Dienstpferde der Artillerie und des Trains. 2500 Meter. 1. Erich, br. St. des Hs. Anappe (Drag. 22); 2. Eich, br. St. des Lt. Wulf (Drag. 22); 3. Granit, Schobr. W. des Oberlt. Graf von Rapphau-Cosmond (Drag. 14). Tot. 14, 4:10.

3. Markgräfler Jagdbrennen. Ehrenpreis der Fürstin Nadezda Variatinsk dem siegenden Reiter und garantiert 500 M. — Herrenreiten. Für 3jährige und ältere Pferde aller Länder, welche seit 1. Januar 1910 kein Rennen von 1000 M. gewonnen haben. 3000 Meter. 1. Vize, br. St. des Lt. Frhr. v. Rosen (Drag. 20); 2. Brigant, F.-W. des Oberlt. Graf von Rapphau-Cosmond (Drag. 14). Tot. 16:10.

4. Preis der Stadt Neuenburg. Hochtrabreiten für Landwirte etc. 170 M. 1400 Meter. 1. Hubert, br. St. des E. Marget-Hägelheim, 2. Hans, br. St. des Karl Gungenhofer-Seefeldern, 3. Marie, br. St. des Andreas Neymeyer-Wettelbrunn. Tot. 14, 14:10.

5. Preis von Vobanweiler. Ehrenpreis der Kurverwaltung von Vobanweiler dem siegenden Reiter und 1200 M. Jagdbrennen. Herrenreiten. Für 3jährige und ältere Pferde. 2500 Meter. 1. Goussin-Eitel, F.-St. des Lt. Gannermann (Chev. 5), 2. The Vicomte, br. St. des Hs. von Hoffmeister (Drag. 20), 3. Le Meteore, Sch.-H. des Herrn G. Schmidt (Reiter Baron Jörn von Ulnach). Tot. 17; 17, 33:10.

6. Jagd mit Auslauf. Ehrenpreis der Fürstin Variatinsk dem siegenden Reiter, Ehrenpreis der Baronin Walsoff dem Reiter des zweiten Pferdes. Ehrenpreise des Reiters des 3. und 4. Pferdes. Herrenreiten. 4000 Meter. 1. Cordual, F.-W. des Lt. Schaal (Drag. 22), 2. Haffa, br. St. des Oberlt. Graf von Rapphau-Cosmond (Drag. 14), 3. Viska, R. St. des Lt. Wulf (Drag. 22), 4. Marga, br. St. des Hauptmanns Lebert (F. N. 13).

Aus Anlaß des Rennens veranstaltete die Kurverwaltung heute abend im Kurjaal einen bunten Abend, verbunden mit großer Parkbeleuchtung und Feuertanz. Von 10 Uhr ab war für die Mitglieder des Rennvereins und dessen Gäste Reunion im Hotel Amerbad.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Palen, 12. Juli. In Bolivien erkrankten nach dem Besuch von Kaiser 20 Personen an schweren Vergiftungserscheinungen. Der Kaiser soll in einem Kupferstempel gemacht worden sein.

Erdbeben in Oberbayern und Tirol. München, 12. Juli. Das heute Erdbeben wurde in einigen Teilen Münchens gleichfalls verspürt. Wie die diesige Erdbebenstation mitteilt, arbeitet der Seismograph sehr stark. Er verzeichnete die ersten Erschütterungen um 9 Uhr 32 Min. 37 Sek., die stärkste Erschütterung um 9 Uhr 32 Min. 51 Sek. Der Herd des Erdbebens liegt vermutlich in Tirol.

Das russisch-japanische Abkommen.

Petersburg, 13. Juli. Die offiziöse „Rossija“ erklärt zu dem russisch-japanischen Vertrag, das Prinzip der offenen Tür in der Mandchurei sei bereits durch den Vertrag von 1907 festgelegt. Daher könnten an der wirtschaftlichen Erziehung der Mandchurei alle teilnehmen, die im fernem Osten Handelsinteressen hätten. Für Rußland schwinde die Beunruhigung wegen möglicher Verwicklungen in jener Gegend. Die Erklärung, der Status quo solle erhalten werden, müsse den Verdacht Chinas beseitigen, daß Rußland von der Nordmandchurei und Japan von der Südmandchurei Besitz ergreifen wollten, wenn auch beide Staaten nicht daran dächten, die dort erworbenen Rechte aufzugeben.

Berlin, 13. Juli. Der russische Botschafter, ebenso der japanische brachten am Montag dem hiesigen auswärtigen Amt den Wortlaut des zwischen ihren Ländern getroffenen neuen Abkommens zur Kenntnis. Die Botschafter bemerkten, der neue Vertrag bilde eine Ergänzung zu dem russisch-japanischen Abkommen von 1907 und bedeute eine weitere Bürgschaft für die Erhaltung des Status quo und des Friedens im fernem Osten. Es wurde auch darauf hingewiesen, der Grundgedanke der offenen Tür bleibe unverletzt. Staatssekretär v. Schoen nahm die Mitteilungen der beiden dankend entgegen und drückte die Erwartung aus, daß für Deutschland bei der Verfolgung seiner wirtschaftlichen Bestrebungen im fernem Osten der wichtige Grundgedanke der offenen Tür aufrecht erhalten bleibe.

Schreckstat eines Bahnsünnigen. Tannwald, 12. Juli. In der Nähe von Eisenbrod war ein Mann im Bahnsinn sein junges Kind in einen Topf siedendes Wasser, löste ein zweites Kind durch Fußritte und ermüdete die herbeieilende Mutter und spaltete dem Vater mit einem Stein den Kopf. Erst nach einiger Zeit war es gelungen, den Bahnsünnigen zu überwältigen und in die Irrenanstalt zu schaffen. Zwei größere Kinder konnten sich rechtzeitig vertheidigen.

Der Brief des Kaisers an den Präsidenten Madrid. Washington, 13. Juli. Das Staatsdepartement hielt die Mitteilung des deutschen Kaisers an den Präsidenten Madrid von Anfang an für einen reinen Formalitätsakt und sieht daher keine Basis dafür gegeben, irgend welche Aufklärungen in dieser Angelegenheit von der Madridpartei zu verlangen.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Der Brief Kaiser Wilhelms an den Präsidenten Madrid von Nicaragua.

Berlin, 13. Juli. Der Wortlaut des kaiserlichen Briefes an den Präsidenten Madrid wird wie folgt wiedergegeben: Straßburg, 26. April. Großer und guter Freund! In Ihrem Briefe vom 27. Dezember vergangenen Jahres wird mir die Mitteilung, daß Ev. Erzellenz zum Präsidenten der Republik gewählt worden ist durch das wohlverdiente Vertrauen Ihrer Mitbürger und daß Ev. Erzellenz Ihr ehrenvolles Amt am 21. desselben Monats übernommen haben. Ich bitte Sie, Herr Präsident, meine Glückwünsche entgegenzunehmen. Seien Sie versichert, daß meine Regierung sich bemühen wird, die besten Beziehungen zu erhalten und zu pflegen, die glücklicher Weise zwischen dem deutschen Reich und der Republik schon jetzt bestehen. Zudem ich Ihnen meinen Dank für Ihre wohlwollenden Worte ausspreche, versichere ich Sie meiner besten Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen und das der Republik von Nicaragua und meiner Hochachtung vor beiden. Bez. W. I. R.

Der Brief des Kaisers an den Präsidenten Madrid.

Berlin, 13. Juli. Der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in Berlin, Erz. Hill hat sich gegenüber einem Vertreter der Presse über die Kaiserbriefaffäre dahin ausgesprochen, daß ihm über die ganze Affäre nichts offizielles bekannt sei. Er habe alles nur aus den Zeitungen erfahren. Die Regierung der Vereinigten Staaten scheint also der ganzen Sache kein Gewicht beimessen. Die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Deutschland bezeichnete der Botschafter als ungetrübt und vortrefflich.

Der Luftballon „Erbslöh“ abgestürzt.

Reichlingen, 13. Juli. Der Luftballon „Erbslöh“, der heute morgen um 9 Uhr aufsteigen war, ist nach 1 1/2 stündiger Fahrt in der Nähe von Neukamp bei Patscheid aus beträchtlicher Höhe herabgestürzt. Sämtliche fünf Personen sind tot; Einzelheiten fehlen noch.

Reichlingen, 13. Juli. Die Hülle des Ballons war im hinteren Teile noch mit Gas gefüllt, während der vordere Teil leer war. Man vermutet, daß der dicke Nebel so stark auf die Hülle eingewirkt habe, daß diese geplatzt sei; schwerlich wird sich wohl die Ursache des Unglücks jemals genau angeben lassen, da die Beobachtung des Ballons vom Boden aus unmöglich machte und sämtliche Mitfahrer tot sind.

Reichlingen, 13. Juli. Die Namen der 5 Insassen, die bei der Ballonkatastrophe den Tod gefunden haben, sind: O. Erbslöh-Oberfeld; Fabrikant Lölle-Barmen; Ingenieur Franz-Bagen; Ingenieur Joseph-Oberfeld und der Monteur Spiel. Alle Leichen sind sichtlich zertrümmert. Die Gondel ist vollständig zertrümmert. Der Motor hatte sich tief in die Erde eingebohrt. Weiter wird gemeldet, daß der starke Nebel so auf die Hülle eingewirkt hat, daß dieselbe platze. Sämtliche Leichen wurden nach Reichlingen übergeführt.

M. Köln, 13. Juli. (Priv.-Telegr.) Zu der Ballonkatastrophe bei Reichlingen wird von einem Augenzeugen des entsehligen Vorganges erklärt, daß augenscheinlich die Gondel zu sehr belastet war, jedoch eine Stützung derselben eintrat. Der Ballon selbst führte beim Absturz noch ziemlich viel Gas bei sich. Einer der Abgestürzten seufzte noch, als Leute an die Trümmer des Ballons heraneilten. Er gab aber bald darauf gleichfalls seinen Geist auf.

Wie uns die Luftschiff-Gesellschaft in Reichlingen mitteilt, ist das Unglück dadurch geschehen, daß ein großer Riß in der Ballonhülle entstand, wodurch der Ballon plötzlich aus ziemlicher Höhe auf die Erde hinabschoss. Die Leichen wurden alsbald in die Reichlinger Ballonhalle geschafft, wo sich beim Eintreffen der Angehörigen der Getöteten herabwogende Szenen abspielten. Die Ueberführung der Leichen in ihre Heimatorte dürfte teils heute abend, teils morgen früh erfolgen. Von fern und nah eilten in Wagen und Automobilen, sowie mit der Bahn unzählige Neugierige an die Unfallstätte, die alsbald abgeperrt wurde, bis die Gerichtskommission zur Aufnahme des Tatbestandes eintraf. Der Ballon war für Passagiersfahrten eingerichtet, er hatte am Sonntag erst die Probefahrt bestanden, die ein glänzendes Resultat zeitigte. Er hatte 3300 Kbm. Inhalt und vermag 6 Personen zu tragen.

Der Ort, bei welchem der Unfall sich ereignete, liegt südlich in der Nachbarschaft der im Wuppertal bei Reichlingen errichteten Luftschiffhalle. Das große Unglück muß also angesichts des herrlichen Nordwestwindes sich alsbald nach dem Aufstiege; angetragen haben.

Aus dem Umfange ist ersichtlich, daß der Luftballon einen zu starken Auftrieb hatte, demgegenüber die Regulierungsarbeit der Ventile bei der notwendigen Ausdehnung des inneren Druckes versagte. Der Erbslöhballon unterschied sich von den Doppelballons dadurch, daß er nur eine Gaszelle darstellte, gleich wie bei den Doppelballons. Das Platzen des Ballons scheint wie das gleichartige tragische Schicksal des Ballons „Republique“ zu beweisen, daß die Eigenart der Gestaltung dieser Luftballons eine verhältnismäßig viel größere Gefahr hinsichtlich des Platzens in sich birgt, als die Kugelballons.

Der verunglückte Luftschiffer Oskar Erbslöh ist ein Elberfelder Fabrikant der Mittelhäber der bekannten Firma Gebr. Erbslöh. Er ist besonders dadurch bekannt geworden, daß er die Gordon-Bennet-Fahrt 1907 in St. Louis gewann und den wertvollen Preis nach Deutschland brachte. In Luftschiffkreisen wird man den Tod des eben 30 Jahre alt geworbenen tüchtigen und erfahrenen Luftschiffer allgemein beauern.

Mannheimer Effektenbörse.

Vom 13. Juli. (Offizieller Bericht.)

Die Börse war still. Kursveränderungen erfolgten: Ludwigs- oafener Aktienbrauerei-Aktien, Kurs: 218 B., Frankona, Rück- und Mittelw.-Aktien 1260 B. und Wälz-Rahmenmaschinen- und Federäder-Fabrik-Aktien 145 B., 145.50 B. Rheinische Credit- bank-Aktien wurden zu 139.25 Prozent umgeleitet.

Aktien.

Table with columns for 'Banken', 'Chem. Industrie', 'Brauerei', 'Transport u. Versicherung', and 'Aktien'. Lists various companies and their stock prices.

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Kompagnie.

Reichsbankdiskont 4 Prozent.

Schlusskurse.

Table showing exchange rates for various locations: Amsterdam, Belgien, Italien, etc.

Einheitspapiere, A. Deutsche.

Table listing various types of bonds and their prices, including '4% deutsch. Reichsanl.', '3% 1909', etc.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table listing industrial companies and their stock prices, such as 'Bab. Raderfabrik', 'Südd. Jannabill-Ges.', etc.

Bergwerkaktien.

Table listing mining companies and their stock prices, including 'Böhm. Bergbau', 'Sachsenberg', etc.

Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table listing transportation companies and their stock prices, such as 'Südd. Rheinl.-B.', 'Sachsenberg', etc.

Bausperrien. Prioritäts-Obligationen.

Table listing various types of bonds and their prices, including '4% Pr. Dom. Pfdb.', '4% Pr. R. Pfdb.', etc.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table listing bank and insurance companies and their stock prices, such as 'Babische Bank', 'Bergr. u. Metallb.', etc.

Frankfurt a. M., 13. Juli. Kreditaktien 209.75, Diskonto-Kommandit 185 1/2, Darmstädter 130.25, Deutsche Bank 156 1/2, etc.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 13. Juli. (Anfangskurse.)

Table listing various types of bonds and their prices, including 'Kreditaktien', 'Disko-Kommandit', etc.

Berlin, 13. Juli. (Schlusskurse.)

Table listing various types of bonds and their prices, including 'Wechsel London', 'Wechsel Paris', etc.

W. Berlin, 13. Juli. (Telegr.) Nachbörse.

Table listing various types of bonds and their prices, including 'Kredit-Aktien', 'Diskonto-Kommandit', etc.

Pariser Börse.

Paris, 13. Juli. Anfangskurse.

Table listing various types of bonds and their prices, including '3% Rente', 'Sperianer', etc.

Londoner Effektenbörse.

London, 13. Juli. (Telegr.)

Table listing various types of bonds and their prices, including '2% Konsols', '3% Konsols', etc.

Wiener Börse.

Wien, 13. Juli. Form. 10 Uhr.

Table listing various types of bonds and their prices, including 'Kreditaktien', 'Edelbank', etc.

Wien, 13. Juli. Nachm. 1.50 Uhr.

Table listing various types of bonds and their prices, including 'Kreditaktien', 'Deisterreich-Ungarn', etc.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 13. Juli. (Telegramm.) (Produktenbörse)

Table listing various types of agricultural products and their prices, including 'Weizen per Juli', 'Roggen per Juli', etc.

Budapester Produktenbörse.

Budapest, 13. Juli. Getreidemarkt. (Telegramm.)

Table listing various types of agricultural products and their prices, including 'Weizen per Juli', 'Roggen per Juli', etc.

Liverpooler Börse.

Liverpool, 13. Juli. (Anfangskurse.)

Table listing various types of agricultural products and their prices, including 'Weizen per Juli', 'Roggen per Juli', etc.

Landesproduktenbörse Stuttgart.

Börsenbericht vom 11. Juli 1910.

Während von dem vorigen Berichtsabschnitt zu melden war, daß auf dem Getreide-Weltmarkt kaum nennenswerte Preisveränderungen stattgefunden hätten, sind von der abgelaufenen Periode (4.—11. Juli) nach wenigen Schwankungen erhöhte Preise bei fester Tendenz zu berichten.

Wie von jeher, so bilden auch diesmal die Witterungseinflüsse vor und während der Ernte die Hauptursachen solcher Bewegungen.

Von den anhaltenden Niederschlägen, von welchen ganz besonders die südwestdeutschen Produktionsgebiete neuerdings wieder betroffen worden sind, wird nun wohl nicht ganz mit Unrecht befürchtet, daß durch diesen Umstand eine Verminderung der Quantitäten und der Qualitäten der zu erhefenden Getreide-Mengen, weiter eine Schädigung von Kartoffeln und Hüben, herbeigeführt werden könnte.

Unter diesen Eindrücken haben sich dann auch die Werte der geschmolzenen inländischen Bestände naturgemäß weiter gehoben und die Nachfrage belebt, wogegen sich andererseits die Exporterwartungen zeigen.

Dieses Geschäftsbild boten auch die heimischen und die bayerischen Wochenmärkte und — übereinstimmend damit — die heutige, gut besuchte Börse, an welcher wieder einmal bedeutendere Umsätze in Vorrätsfrüchten, Futtermitteln und Mühlenfabrikaten betätigt wurden.

Die notieren per 100 kg fruchtbarität Stuttgart, netto Kassa je nach Qualität und Lieferort:

Table listing various types of agricultural products and their prices, including 'Weizen württemberg. M.', 'Roggen württemberg. M.', etc.

Wien, 13. Juli. (Telegr.)

Table listing various types of agricultural products and their prices, including 'Kornen M.', 'Roggen M.', etc.

Wien, 13. Juli. (Telegr.)

Table listing various types of agricultural products and their prices, including 'Weizen M.', 'Roggen M.', etc.

Überseeische Schiffsahrts-Telegramme.

Telegraphische Schiffsnachrichten des Nordb. Lloyd, Bremen.

Table listing various types of ships and their destinations, including 'D. „Prinz Sigismund“', 'D. „Kaiser Wilhelm II.“', etc.

Wigeteilt vom Generalvertreter Hermann Müller-Stein, Mannheim, Hansa-Haus, D 1, 7/8, Telephon 180.

Verantwortlich:

Für Inhalt: Dr. Fritz Goldbaum; für Kunst und Illustration: Julius Witt; für Druck: Friedrichs und Gerthmann; für den Anzeigen- und Geschäfts-Teil: Franz Richter; für den Inserenten- und Geschäfts-Teil: Fritz Joss.

